

Kenias Ambitionen als globaler Akteur

Eine strategische Chance
für Deutschland



sich in einer Phase wachsender geopolitischer Unsicherheit. Die bisherigen Gewissheiten – US-Sicherheitsgarantien, ein stabiler Multilateralismus und verlässliche Entwicklungsfinanzierung – lösen sich schneller auf, als tragfähige Alternativen geschaffen werden können. Eine intensivere Partnerschaft ist vor diesem Hintergrund kein Luxus, sondern eine strategische Notwendigkeit.

/ Während Deutschland sein Engagement in Afrika neu ausrichtet, spricht vieles dafür, Kenia als strategischen Schlüsselpartner zu betrachten: Beide Länder teilen das Bekenntnis zu einer regelbasierten internationalen Ordnung, ihre wirtschaftlichen Interessen ergänzen sich, Kenia verfügt über eine überzeugende klimapolitische Erfolgsbilanz und Präsident William Ruto hat sein Land – durchaus nicht unumstritten, aber mit Nachdruck – als wichtige Stimme des Globalen Südens positioniert.

/ Die zentralen Felder gegenseitigen Nutzens liegen auf der Hand: grüne Energie und Klimafinanzierung, gesteuerte Migration und Fachkräftemobilität, Investitionen des Privatsektors, die Förderung von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen (KKMU) sowie nicht zuletzt die sicherheitspolitische Stabilisierung des volatilen Horns von Afrika.

/ In einer sich zunehmend fragmentierenden Weltordnung verbindet beide Staaten ein grundlegendes Interesse daran, den Multilateralismus zu bewahren – nicht aus Nostalgie für eine schwindende Epoche, sondern weil er die einzige glaubwürdige Alternative zu einer internationalen Politik darstellt, die allein von Macht und transaktionalem Eigennutz geprägt ist. Werden ihre bilateralen Stärken gezielt genutzt, können sie Reformen internationaler Institutionen – etwa bei den Vereinten Nationen und der Weltbank sowie darüber hinaus – maßgeblich voranbringen.

/ Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen weltweit verdeutlichen, dass alle Akteure ihre Strategien zur Gestaltung der sich kontinuierlich wandelnden internationalen Beziehungen neu ausrichten müssen. Andauernde Konflikte sowie globale Krisen überfordern zunehmend die Handlungskapazitäten von Staaten und belasten bestehende multilaterale Instrumente. Hinzu kommen die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der zweiten Amtszeit Donald Trumps, abrupte Kürzungen von Entwicklungsgeldern, wachsende transatlantische Spannungen, eine Krise der „westlichen“ liberalen Demokratie, der Aufstieg autoritärer und nationalistischer Strömungen sowie die zunehmende Bereitschaft großer Mächte zu unilateralem Handeln. Das Gesamtbild ist ernüchternd. Die Notwendigkeit, internationale Beziehungen neu zu denken, ist offenkundig. Während bilaterale Absprachen an Bedeutung gewinnen, gerät der Multilateralismus unter Druck. Staaten suchen nach neuen Wegen, ihre Interessen durchzusetzen. Die klassischen Instrumente der Diplomatie verlieren dabei zunehmend an Wirksamkeit.

Vor diesem Hintergrund muss Deutschland seine Beziehungen zu Afrika neu ausrichten. Die sich wandelnde geopolitische Landschaft und die zunehmende Dominanz transaktionaler Politik, die oft kaum noch von einer regelbasierten Ordnung getragen wird, machen einen solchen Kurswechsel notwendig – eine Zeitenwende auch im strategischen Umgang Deutschlands mit seinen afrikanischen Partnern.



Thomas B. Amolo – ist Gründer und Leiter von Diplomacy Without Borders mit Sitz in Nairobi. Von Februar 2021 bis Januar 2024 war er Botschafter Kenias in Deutschland.



Mathias Kamp – ist Leiter des Auslandsbüros Kenia der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Nairobi.

Zwischen Skyline und Savanne: Nairobi auf rund 1.700 Metern Höhe ist Kenias wirtschaftliches Zentrum und einer der wichtigsten politischen Schauplätze Afrikas.
Foto: © photothek, Imago.

Auf der Suche nach strategischen Partnern in Afrika: Kenia im Fokus

Wenn Deutschland sein Engagement in Afrika neu ausrichtet, liegt es nahe, strategische Allianzen mit regionalen Schlüsselakteuren aufzubauen, mit denen neue Ansätze vergleichsweise schnell erprobt werden können. Kenia bietet sich hierfür aus mehreren Gründen an.

Die Außenpolitik Kenias unter Präsident William Ruto ist von Pragmatismus, wirtschaftlicher Orientierung und aktiver regionaler Führungsrolle geprägt. Kenia versteht sich als regionaler Stabilitätsanker und verfolgt eine Politik des strategischen Gleichgewichts zwischen seinen traditionellen westlichen Partnern sowie anderen Akteuren wie China oder den Golfstaaten.

Kenia entwickelt sich zunehmend zu einem zentralen Akteur auf regionaler Ebene. Das Land engagiert sich nicht nur intensiv in Ostafrika und am Horn von Afrika (etwa im sicherheitspolitischen Dialog, bei Friedensmissionen oder Vermittlungsbemühungen), sondern ist auch auf internationaler Ebene sehr präsent. Die Wahrnehmungen innerhalb Afrikas mögen hierzu unterschiedlich ausfallen. Präsident Ruto versteht sich jedoch selbst als führende Stimme des sogenannten Globalen Südens und als Fürsprecher afrikanischer Interessen, insbesondere bei der Gestaltung der internationalen Finanzordnung sowie in den Bereichen Klima- und Energiepolitik.^[1]

Kenia ist zudem ein verlässlicher Partner in zentralen multilateralen Fragen. Als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) verurteilte das Land – anders als viele andere afrikanische Staaten – die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine und die Verstöße Russlands gegen das Völkerrecht deutlich.^[2] Auch nach dem Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 bezog die kenianische Regierung klar Stellung.^[3]

All dies ist nicht frei von Widersprüchen. Rutos innenpolitische Position steht unter Druck, seine politische Vergangenheit bleibt umstritten und die Frustration insbesondere junger Menschen wächst. Mit Blick auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im August 2027 wird dies von erheblicher Bedeutung sein. Eine ernsthafte Partnerschaft darf deshalb nicht allein auf die Präferenzen der gegenwärtigen Regierung setzen, sondern muss zudem die institutionelle Stabilität des Landes in den Blick nehmen. Entscheidend ist jedoch, dass Kenias prinzipientreues Verhalten in multilateralen Fragen nicht nur Ausdruck der politischen Linie des amtierenden Präsidenten ist. Es entspricht vielmehr einer längerfristigen Tradition kenianischer Außenpolitik, die von aufeinanderfolgenden Regierungen weitgehend fortgeführt wurde.

Aus deutscher Perspektive bestehen mit Kenia größere politische Schnittmengen als mit den meisten anderen afrikanischen Staaten. In Zeiten geopolitischer Umbrüche und systemischer Rivalitäten erscheint eine Investition in die Partnerschaft mit diesem bündnisfreien regionalen Schlüsselakteur^[4] für Deutschland (und Europa) daher unerlässlich.

”

Kenias Außenpolitik unter Präsident William Ruto ist von Pragmatismus, wirtschaftlicher Orientierung und aktiver regionaler Führungsrolle geprägt.

Prinzipientreue auf internationaler Bühne: Vor den Vereinten Nationen vertritt Kenia eine klare, völkerrechtsbasierte Haltung und hebt sich als verlässlicher Partner in multilateralen Foren hervor. Im Bild: William Ruto, Präsident der Republik Kenia, bei einer Generaldebatte der 79. UN-Generalversammlung in New York.
Foto: © ZUMA Press Wire, Imago.



Die Entwicklung der deutsch-kenianischen Beziehungen: Eine Zeitenwende in Zeitlupe?

Die Neujustierung der deutschen Außenpolitik begann bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Erst der Krieg und die damit verbundenen Erschütterungen sowie die Rückkehr Donald Trumps verliehen diesem Prozess jedoch die notwendige Dringlichkeit.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende markierte das Ende vieler Gewissheiten aus der Zeit nach dem Kalten Krieg. Was im Hinblick auf Afrika folgte, war ein partieller und uneinheitlicher Neuanfang: ambitioniert in der Rhetorik, zögerlich in der Umsetzung.

Ein wichtiges Signal war der Berlin Energy Transition Dialogue im März 2023. Der neu gewählte Präsident Ruto hielt dort die Eröffnungsrede. Die Veranstaltung verdeutlichte, dass Afrikas Energiewende nicht als entwicklungspolitisches Projekt verstanden werden sollte, sondern als geopolitische Notwendigkeit. Kenia wurde dabei als Teil der Lösung und nicht als Randakteur präsentiert.^[5] Der anschließende Staatsbesuch von Bundeskanzler Scholz in Nairobi knüpfte bewusst an die Tatsache an, dass Deutschland am 12. Dezember 1963 als erstes Land die Unabhängigkeit Kenias anerkannt hatte. Die Beziehungen wurden zu einer strategischen Partnerschaft aufgewertet und durch institutionelle Formate gestärkt, die mit den bilateralen Kommissionen Deutschlands mit Nigeria oder Indien vergleichbar sind.



Merz spricht sich nach einem persönlichen Gespräch mit Ruto für einen vertieften Dialog mit afrikanischen Partnern aus.

Die anschließenden Vereinbarungen waren substanziell. Deutschland beteiligte sich etwa mit 31 Millionen Euro über fünf Jahre an dem lokal getragenen Klimaprogramm FLLoCA, das in 16 kenianischen Bezirken Anpassungen an den Klimawandel fördern soll.^[6] Kenia trat zudem dem Klimaklub^[7] bei, dem auf Einladung basierenden Forum, das den Kern von Deutschlands Ansatz zur globalen Energiewende bildet. Nach dem Pariser Gipfel für einen neuen globalen Finanzierungspakt im Juni 2023 setzte sich Deutschland außerdem gezielt für eine Reform der internationalen Klimafinanzierungsarchitektur zugunsten des Globalen Südens ein.

Auch im Bereich Handel und Investitionen waren die Erwartungen hoch. Kenia exportiert Waren im Wert von rund 130 Millionen US-Dollar nach Deutschland, während die Importe aus Deutschland bei knapp 400 Millionen US-Dollar lagen.^[8] Das Inkrafttreten des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und der Europäischen Union, die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA) sowie die G20-Initiative Compact with Africa zur Förderung privater Investitionen in afrikanischen Staaten sollten gemeinsam für einen strukturellen Wachstumsschub sorgen. Diese Erwartungen haben sich bislang jedoch nur teilweise erfüllt.

Dann folgte der politische Einschnitt: Die Ampelkoalition zerbrach, Neuwahlen wurden angesetzt. Bundeskanzler Merz erbt den entstandenen Schwung – aber auch die Gefahr, dass dieser versanden könnte.

Ein ermutigendes Signal kam vom G7-Gipfel in Évian im Juni 2026. Mit Blick auf seine Gespräche mit Präsident Ruto zeigte sich Merz „persönlich beeindruckt“ und sprach sich für eine Vertiefung des Dialogs mit afrikanischen Partnern aus. Dabei hob er insbesondere Investitionen, die Diversifizierung der Handelsbeziehungen und einen verbesserten Marktzugang hervor. Gleichzeitig räumte er ein, dass frühere Anstrengungen möglicherweise nicht ausgereicht hätten.^[9]

Ruto nahm auf Einladung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron an dem Gipfel teil, um afrikanische Perspektiven einzubringen. Wenige Wochen zuvor hatte Frankreich mit einem Afrika-Frankreich-Gipfel in Nairobi^[10] bereits einen deutlich offensiveren strategischen Kurs eingeschlagen. Die Wahl Kenias als Gastgeber war kein Zufall, sondern Ausdruck der offenen und pragmatischen außenpolitischen Positionierung des Landes von Präsident Ruto.



Kenia ist das unbestrittene wirtschaftliche Zentrum Ostafrikas.

Warum Deutschland und Kenia strategisch gut zusammenpassen

Aus deutscher Sicht beruht die Einstufung Kenias als bevorzugter Partner auf mehreren strukturellen Vorteilen, die unabhängig davon fortbestehen, wer gerade das Amt des Präsidenten innehat.

Deutschlands koloniales Erbe in Kenia ist gering – ein nicht zu unterschätzender Unterschied in einer Zeit, in der historische Belastungen die Beziehungen zwischen Europa und Afrika regelmäßig erschweren. Auch dort, wo Deutschland sich sensiblen Fragen seiner Kolonialgeschichte stellen muss, etwa bei der Rückgabe der Benin-Bronzen^[11] an Nigeria oder der Anerkennung der während der Kolonialherrschaft in Namibia begangenen Verbrechen, gelten die deutschen Bemühungen um Aufarbeitung, Anerkennung und Restitution vielfach als vergleichsweise glaubwürdig.^[12]

Zudem ist Kenia das unbestrittene wirtschaftliche Zentrum Ostafrikas. Nairobi dient Deutschland als wichtigstes wirtschaftliches Eingangstor zur Region. Mehr als 120 deutsche Unternehmen sind dort vertreten und profitieren von der digitalen Infrastruktur sowie dem dynamischen Fintech-Sektor des Landes. Das Handelsungleichgewicht zwischen beiden Ländern stellt dabei weniger ein Problem als vielmehr eine wirtschaftliche Chance dar.

Auf einer grundlegenden Ebene teilen beide Länder wichtige Werte – sowohl hinsichtlich ihrer innenpolitischen Ordnung als auch in Fragen der internationalen Politik, etwa bei den Prinzipien der territorialen Integrität und Selbstbestimmung. Hinzu kommt ein ausgeprägter Unternehmergeist in Kenia, der wirtschaftliche Kooperationen erleichtert.

In einer von Instabilität und gewaltsamen Konflikten geprägten Region ist Kenia zudem ein vergleichsweise stabiler und friedlicher Staat geblieben. Das Land beteiligt sich aktiv an Friedensbemühungen und ist damit ein naheliegender Partner im Bereich Sicherheitspolitik.

Viele andere Partnerschaften Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent sind deutlich schwieriger zu gestalten – etwa aufgrund bewaffneter Konflikte, demokratischer Defizite, antiwestlicher Stimmungen oder einer stärkeren Orientierung an vermeintlich weniger anspruchsvollen Partnern. Vor diesem Hintergrund sticht Kenia trotz bestehender Herausforderungen als wichtiger Verbündeter hervor.

Zentrale Felder strategischer Zusammenarbeit

1. Klima und Energie

Kenia nimmt bei grüner Energie eine Führungsrolle in Afrika ein. Bereits heute stammen mehr als 90 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien.^[13] Dies macht Deutschland und Kenia zu attraktiven Partnern in der internationalen Klimadiplomatie. Im November 2022 vereinbarten beide Staaten eine Klima- und Entwicklungspartnerschaft. Die strategische Zusammenarbeit sollte sich weiterhin auf grüne Innovationen konzentrieren. Dazu gehören der Ausbau der Geothermie sowie der Wind- und Solarenergie, die Entwicklung der Elektromobilität und der Aufbau einer lokalen grünen Wasserstoffwirtschaft.

2. Gesteuerte Migration und Fachkräftemobilität

Deutschland steht vor einer alternden Bevölkerung und einem wachsenden Fachkräftemangel. Gleichzeitig kämpft Kenia mit hoher Jugendarbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund unterzeichneten beide Länder Ende 2024 ein umfassendes Migrations- und Mobilitätsabkommen.^[14] Das Abkommen erleichtert qualifizierten kenianischen Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und zu Bildungsangeboten in Deutschland. Gleichzeitig schafft es einen verbindlichen Rahmen für die Identifizierung und Rückführung irregulärer Migranten. Kenia ist dabei das erste Land in Subsahara-Afrika, das der Nutzung biometrischer Daten für Rückführungen zugestimmt hat.

3. Wirtschaft und Privatsektor

Kenia ist nicht nur das wirtschaftliche Zentrum Ostafrikas, sondern auch Deutschlands wichtigster Zugang zum afrikanischen Markt. Deutschland unterstützt gezielt KKMUs und fördert deren Integration in internationale Lieferketten. Weitere Potenziale liegen in Sonderwirtschaftszonen für deutsche Investoren sowie in der Entwicklung von innovativen Finanzierungsinstrumenten wie grünen Anleihen oder Mischfinanzierungen. Die deutsche Finanzierungszusage von umgerechnet rund 4,13 Milliarden kenianischen Schilling im Mai 2026 ist ein positives Signal. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Annäherung bedarf es jedoch weit mehr als einzelner Förderzusagen.^[15]

4. Regionale Stabilität und geopolitische Sicherheit

Das Horn von Afrika zählt zu den instabilsten Regionen der Welt. Deutschland betrachtet Kenia deshalb als demokratischen Anker und stabilisierenden Faktor. Im Mittelpunkt stehen dabei die Krisen im Sudan, im Südsudan und in Somalia. Deutschland unterstützt Kenia mit umfangreichen Finanzmitteln bei der Bewältigung der Herausforderungen, die mit der Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen verbunden sind. Während etablierte westliche Akteure ihre Präsenz in der Region teilweise zurückfahren, unterstützt Deutschland regionale Organisationen wie die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) finanziell und richtet gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU) internationale Friedenskonferenzen aus.

”

Kenia nimmt bei grüner Energie eine Führungsrolle in Afrika ein. Bereits heute stammen mehr als 90 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien.



Eine gemeinsame Agenda für einen erneuerten Multilateralismus

Deutschland und Kenia haben sich zu wichtigen Brückenbauern zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden entwickelt. In einer zunehmend fragmentierten geopolitischen Landschaft haben beide Länder ein grundlegendes Interesse daran, eine Rückkehr zu einer von Machtinteressen geprägten Politik zu verhindern und die regelbasierte internationale Ordnung zu bewahren. Durch die Bündelung ihrer bilateralen Stärken können sie dazu beitragen, den Multilateralismus zu stärken und die globale Ordnung in zentralen Handlungsfeldern weiterzuentwickeln.

”

Die gegenwärtige Struktur des UN Sicherheitsrats spiegelt die Machtverhältnisse des Jahres 1945 wider, nicht jedoch die heutige Weltordnung.

Korir Sing’oei, Staatssekretär im kenianischen Außenministerium, bekräftigte die klare Haltung seines Landes sowohl zum russischen Angriff auf die Ukraine als auch zu den jüngsten iranischen Angriffen auf Drittstaaten und hob den „prinzipiengeleiteten“

außenpolitischen Ansatz Kenias hervor. Auf dem GLOBSEC-Forum in Prag im Mai 2026 erklärte er, dass die gegenwärtigen globalen Verwerfungen aus afrikanischer Perspektive als ein Moment der Neuordnung verstanden würden. Zugleich böten sie die Chance, internationale Normen und Regeln neu zu denken und neu zu gestalten, um inklusivere und widerstandsfähigere Rahmenwerke zu schaffen, die grundlegende Prinzipien wie staatliche Souveränität und den Schutz vor Aggression wirksamer sichern würden.^[6]

Ein zentrales Reformfeld ist der Sicherheitsrat der VN. Seine gegenwärtige Struktur spiegelt die Machtverhältnisse des Jahres 1945 wider, nicht jedoch die heutige Weltordnung. Sowohl Deutschland als auch Kenia zählen seit Langem zu den entschiedenen Befürwortern einer strukturellen Reform des Sicherheitsrats, wenn auch aus unterschiedlichen traditionellen Perspektiven. Gemeinsam können sie dazu beitragen, europäische und afrikanische Interessen stärker aufeinander abzustimmen, um einen repräsentativeren Sicherheitsrat voranzubringen, der eine ständige Vertretung Afrikas einschließt und einer breiteren demokratischen Kontrolle unterliegt.^[7] Aus kenianischer Sicht handelt es sich dabei nicht lediglich um eine institutionelle Anpassung, sondern um einen unverzichtbaren Schritt zur Wiederherstellung von Vertrauen, Legitimität und Zuversicht in die internationale Ordnung.

AFRICA FORWARD SUMMIT

AFRICA - FRANCE PARTNERSHIPS
FOR INNOVATION AND GROWTH

MAY 11-12, 2026 NAIROBI, KENYA



Als unbestrittener wirtschaftlicher Hub Ostafrikas und Gastgeber hochkarätiger internationaler Wirtschaftsgipfel fungiert Kenia als zentrales Tor für Investitionen auf dem gesamten Kontinent. Im Bild: Der französische Präsident Emmanuel Macron und sein kenianischer Amtskollege William Ruto. Foto: © Anadolu Agency, Imago.



Neue Partnerschaften werden notwendig sein – wo möglich auf der Grundlage gemeinsamer Werte, wo erforderlich aus pragmatischen Erwägungen.

Zudem weisen Kenia und andere afrikanische Staaten seit Langem darauf hin, dass die bestehenden globalen Finanzsysteme Entwicklungsländer in Schuldenzyklen mit hohen Zinsen gefangen halten. Präsident Ruto gehört zu den profiliertesten internationalen Stimmen, die eine grundlegende Reform der internationalen Finanzarchitektur fordern. Nach seiner Auffassung ist das gegenwärtige System strukturell ungerecht und benachteiligt Entwicklungsländer.^[18] Deutschland kann als bedeutender Anteilseigner multilateraler Entwicklungsbanken gemeinsam mit Kenia entsprechende Reforminitiativen auf Ebene der VN vorantreiben.

Während traditionelle westliche Staaten ihr direktes Engagement in manchen Regionen zurückfahren, stützt sich Deutschlands multilateraler Ansatz zunehmend auf die Zusammenarbeit mit regionalen Ankerstaaten. Kenia stellt seit Jahrzehnten Personal für Friedensmissionen der VN und der AU. Deutschland kann strategische Finanzierung, technisches Know-how und militärlogistische Unterstützung in von Kenia geführte Friedensinitiativen unter dem Dach der VN einbringen. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist die gemeinsame Unterstützung nachhaltiger UN-Finanzierungsmechanismen für regionale Missionen. Durch die Verbindung deutscher Ressourcen mit Kenias regionaler Legitimität und personellen Kapazitäten könnten beide Länder einen Wandel hin zu flexibleren, stärker lokal verankerten sowie zugleich von den VN mandatierten Friedenseinsätzen fördern.

Die gegenwärtigen globalen Herausforderungen und geopolitischen Umbrüche erfordern rasche Anpassungen. Staaten müssen ihre Resilienz stärken, in strategische Autonomie und diversifizierte Abhängigkeiten investieren sowie bestehende Konzepte kollektiver Sicherheit neu denken. All dies wird nicht gelingen, wenn sie sich ausschließlich auf traditionelle Bündnisse verlassen. Neue Partnerschaften werden notwendig sein – wo möglich auf der Grundlage gemeinsamer Werte, wo erforderlich aus pragmatischen Erwägungen. Die strategische Zusammenarbeit zwischen Kenia und Deutschland vereint Elemente beider Ansätze. Der wichtigste gemeinsame Nenner bleibt jedoch das Interesse, die regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten, zu stärken und zugleich weiterzuentwickeln.

Obwohl beide Länder aus sehr unterschiedlichen Weltregionen stammen, repräsentieren sie jeweils einflussreiche Akteure – mit dem Anspruch, internationale Verantwortung zu übernehmen. Eine engere Partnerschaft zwischen Deutschland und Kenia könnte daher spürbaren Einfluss auf die Gestaltung der globalen Agenda entfalten. Dazu gehören unter anderem gemeinsame Anstrengungen, (1) das Völkerrecht zu schützen und zu bekräftigen, (2) neue und widerstandsfähige Ansätze der Entwicklungsfinanzierung zu entwickeln, (3) die maritime Sicherheit und globale Lieferketten zu gewährleisten, (4) der Schwächung multilateraler Institutionen entgegenzuwirken, (5) die Beteiligung von Zivilgesellschaft, Frauen und jungen Menschen an multilateralen Entscheidungsprozessen zu stärken sowie (6) diplomatische Mechanismen zur Deeskalation drohender Konflikte zu fördern.

Neue Leitlinien für die Zusammenarbeit

1. Die Partnerschaft mit Kenia kann eine Vorreiterrolle bei der Neugestaltung deutscher Afrika-Politik einnehmen. Dafür sollten insbesondere folgende Schritte verfolgt werden:
2. Deutschland muss das Rad nicht neu erfinden. Die notwendigen Strukturen für einen umfassenden Neustart der Beziehungen zu Afrika sind bereits vorhanden – mit Kenia als zentralem Partner.
3. Gleichzeitig gilt es, sich vom Hilfsparadigma und von überholten Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit zu lösen und stattdessen auf eine interessengeleitete, pragmatische Zusammenarbeit zu setzen, die sich auf strategische Bereiche gemeinsamen Nutzens konzentriert und die Privatwirtschaft als Motor von Wohlstand stärkt.
4. Dies bedeutet jedoch keine Kehrtwende. Vielmehr sollten erfolgreiche Initiativen ausgebaut werden – etwa Afrika Kommt!, das qualifizierte afrikanische Fachkräfte mit deutschen Sprach- und Wirtschaftskompetenzen ausbildet und in deutsche Unternehmen vermittelt, oder Programme wie WIDU (Wirtschaftsintegration und Diasporaunterstützung), die lokales Unternehmertum in Afrika fördern und durch deutsche Mittel sowie Beiträge von in Deutschland lebenden Angehörigen der Diaspora unterstützen.
5. Darüber hinaus sollten weitere europäische Staaten stärker in ein erweitertes Engagement im Rahmen des Compact with Africa eingebunden werden – ähnlich dem von Frankreich initiierten Africa Forward Summit in Nairobi.
6. Auf politischer Ebene sollten regelmäßige Besuche und Austauschformate auf allen Ebenen etabliert und verstetigt werden, mit klaren thematischen Schwerpunkten in Bereichen wie Handel, Energie, Migration, Sport und Bildung. Den Höhepunkt könnte ein Besuch des Bundeskanzlers bilden – idealerweise eingebettet in einen erweiterten Compact-with-Africa-Rahmen.
7. Deutschland sollte eine starke, gut koordinierte und vielfältige Beteiligung am Global Trust Summit im Oktober 2026 in Nairobi mobilisieren. Die von Präsident Ruto ausgerichtete und von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte Konferenz bringt Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger zusammen, um Strategien gegen den wachsenden Vertrauensverlust in staatliche Strukturen und multilaterale Institutionen zu entwickeln.
8. Zudem sollten zentrale Herausforderungen und Interessen Afrikas stärker aufgegriffen sowie Überschneidungen mit deutschen und europäischen Prioritäten identifiziert und in den relevanten internationalen Foren aktiv vertreten werden. Dazu zählen unter anderem die Reform des Sicherheitsrats der VN sowie die der globalen Finanzarchitektur.
9. Gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zwischen den kenianischen Gebietskörperschaften und den 16 deutschen Bundesländern sollten aufgebaut, weiterentwickelt und vertieft werden; wo möglich, sollten auch Städtepartnerschaften gefördert werden. Zusätzliche wirtschaftliche Impulse könnten Sonderwirtschaftszonen schaffen, über die deutsche Unternehmen ihre Exporte nach Afrika ausweiten und gleichzeitig ihre industrielle Präsenz auf dem Kontinent diversifizieren können.
10. Die komplementäre und strategische Partnerschaft zwischen Bonn und Nairobi als Schwesterstandorte der VN sollte weiter gestärkt werden – insbesondere mit Blick auf die Klimarahmenkonvention der VN (UNFCCC), das Übereinkommen der VN zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD), das Umweltprogramm der VN (UNEP) sowie das Programm der VN für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT).
11. Ein kontinuierlicher und pluralistischer Ansatz der Zusammenarbeit ist zu fördern, der neben staatlichen Akteuren auch den Privatsektor, die Zivilgesellschaft, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie politische Stiftungen einbezieht.

Fazit

Die tiefgreifenden Umbrüche auf der internationalen Bühne haben eine neue Generation politischer Führungspersonlichkeiten hervorgebracht – entschlossen, widerstandsfähig und überzeugt davon, dass ihre Vision einer Welt die richtige Antwort auf die Herausforderungen eines zunehmend transaktionsorientierten außenpolitischen Handelns der USA ist. Sie setzen auf eine internationale Ordnung, in der Prinzipien, eine regelbasierte Ordnung, starker Multilateralismus und neue strategische Partnerschaften die Leitlinien bilden. Der Aufstieg der sogenannten Mittelmächte verdeutlicht zudem, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Ordnung den heutigen Anforderungen nicht mehr vollständig gerecht wird. Der kanadische Premierminister Mark Carney hat andere gleich gesinnte Mittelmächte dazu aufgerufen, sich zu einem Gegengewicht gegenüber den USA und China zusammenzuschließen, um eine ausgewogenere globale Machtbalance zu schaffen und eine Destabilisierung des internationalen Systems zu verhindern. Vor diesem Hintergrund stehen auch Deutschland und Kenia vor wichtigen Herausforderungen. Beide Länder müssen sich strategisch auf eine zunehmend unsichere Zukunft der internationalen Zusammenarbeit einstellen. Eine vertiefte Partnerschaft, die ihre Resilienz stärkt und ihren Einfluss auf die Gestaltung globaler Politik erhöht, erscheint daher als Gebot der Stunde. Die anstehenden Aufgaben liegen auf der Hand; und die politischen Führungen beider Länder scheinen entschlossen, die notwendigen Schritte zu gehen. Dieser Prozess sollte durch einen breiten gesellschaftlichen Dialog begleitet werden, der Akteure aus Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft einbezieht. Der Weg ist klar, doch die Rahmenbedingungen müssen fortlaufend analysiert werden, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Während beide Länder ihre strategische Zusammenarbeit weiter ausbauen, sollten sie zugleich die innenpolitischen Entwicklungen im jeweils anderen Land aufmerksam verfolgen und darüber einen offenen und ehrlichen Dialog führen. Demokratische Rückschritte, politische Unruhen oder gar Gewalt infolge der wachsenden Frustration der jungen Generation könnten mit Blick auf die kenianischen Wahlen im August 2027 die Glaubwürdigkeit und Prinzipientreue des internationalen Engagements Kenias gefährden. Ähnliche Sorgen gelten auch für Szenarien eines zunehmenden Fremdenhasses oder einer Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer Kräfte auf Landes- oder Bundesebene in Deutschland. Ein konstruktives Engagement auf internationaler Ebene sollte zugleich als Beitrag zum Schutz der Demokratie im eigenen Land verstanden werden – denn wirtschaftlicher Niedergang, Herausforderungen im Krisenmanagement und ein wachsendes Vertrauensdefizit gegenüber staatlichen Institutionen schaffen Einfallstore für demokratiegefährdende Entwicklungen. Verstärkt werden diese häufig durch antidemokratische Akteure, die ihre internationalen Netzwerke ausbauen und ihr Instrumentarium aus Einflussnahme, Desinformation und hybrider Kriegsführung kontinuierlich erweitern. /

